

# EIN LAND FÜR DIE ENKEL

## Leitlinien einer zukunftsfähigen bürgerlichen Reformpolitik

*Friedrich Breyer, Alexander Eisenkopf, Caroline König, Harald Mosler, Peter Nawroth, Andreas Rödder, Detlev Ruland, Kristina Schröder, Ole Schröder, Susanne Schröter, Jörg Schulte-Altedorneburg, Knut Walter*

Mai 2026

Entwicklungen und Entscheidungen auf ökonomischer, politisch-kultureller, gesellschaftlicher und administrativer Ebene haben sich zu Strukturen verfestigt, die Deutschlands Handlungsfähigkeit und Europas Zukunftspotenziale grundlegend beeinträchtigen. Deutschland und Europa benötigen Reformen an Haupt und Gliedern.

Bürgerliche Politik muss bereit sein, groß und unkonventionell zu denken, statt nur das Bestehende fortzuschreiben und die historische Phantasie immer wieder von den politischen Realitäten überholen zu lassen.

Dabei muss sie sich in einem Kulturkampf behaupten: Die postmodern-grüne Revolution, die in den 1970er/80er Jahren theoretisch begründet wurde und in den 2010er Jahren kulturell hegemonial wurde, wird durch eine neurechte Gegenrevolution in den westlichen Gesellschaften herausgefordert. Das Pendel schlägt nach rechts. Bürgerliche Politik ist mit der Herausforderung konfrontiert, diesen Pendelschlag in der rechten Mitte abzufangen, statt ihn nach Rechtsaußen in Illiberalismus und Kollektivismus durchschlagen zu lassen.

Die Maßgabe bürgerlicher Politik liegt darin, Pluralismus zu gewährleisten und individuelle Talente freizusetzen, Innovationen zu entfesseln und gesellschaftliche Bindungen zu stärken. Dazu muss sie ein glaubwürdiges Zielbild einer guten Zukunft entwerfen und verfolgen: ein Land für unsere Kinder und Enkel zu gestalten, in dem diese aufwachsen und glücklich werden können.

In diesem Sinne geht es im Folgenden nicht um einen Katalog konkreter Forderungen, sondern um grundlegende Leitlinien bürgerlicher Reformpolitik.

## 1. Wertebasierte Realpolitik: Suche nach transatlantischen Kooperationsmöglichkeiten

Die transatlantischen Beziehungen sind als Fundament der deutschen und europäischen Außenpolitik unter einer unvorhersehbar agierenden US-Regierung prekär geworden. Zugleich sind Deutschland und Europa in Folge eines jahrzehntelangen Selbstverständnisses als *soft power* keine geopolitisch relevanten Größen mehr. Geostrategische Autonomie würde ein weltpolitisch isoliertes Europa ohne zureichende nukleare Abschreckung gegen Russland zurücklassen, während eine Anlehnung an die eurasischen Autokratien Russland und China die Selbstaufgabe westlicher Werte und der liberalen Ordnung bedeuten würde.

Wenn Deutschland und Europa sich gegen die Infragestellungen der liberalen Ordnung selbst behaupten wollen, müssen sie eine wertebasierte Realpolitik betreiben, die a) strategisch denkt, statt bloß zu reagieren, b) systematisch Machtressourcen aufbaut (militärische Kapazitäten, Handelsbeziehungen, globale Kooperationen) und c) transatlantische Zusammenarbeit sucht, wo sie eben möglich ist (Bekämpfung des vom Iran ausgehenden Terrors, Containment Chinas).

## 2. Reset der Europäischen Union

Die Europäische Union schränkt ihre Mitgliedstaaten nach Jahrzehnten der „méthode Monnet“, d.h. der kumulativen schrittweisen Integration durch immer weitere Kompetenzübertragungen, krisenbedingte adhoc-Vertiefungen und immer breitere und tiefere Regulierungen in ihrer Handlungsfähigkeit inzwischen substantziell ein, während sie selbst durch Regulierung und Administration statt durch Entscheidung und Gestaltung wirkt. Die EU in ihrer bestehenden Form lähmt Europa und droht, wenn sie so weiterverfährt, an Überdehnung zu scheitern.

Notwendig ist daher ein Reset der europäischen Integration, die Konzentration auf die Kernaufgaben der europäischen Integration, die echten Mehrwert erbringen: Binnenmarkt und Handel, Sicherheit und transnationale Infrastruktur statt der Mikrosteuerung von Gesellschaft und Wirtschaft.

## 3. Repolitisierung der Demokratie

Im 21. Jahrhundert sind Entscheidungskompetenzen auf verschiedenen Politikfeldern an die Europäische Union bzw. an Gerichte übertragen und somit nationalen Entscheidungen entzogen worden: die Migrationspolitik durch die europäischen Abkommen von Schengen und Dublin sowie die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs, die Klimapolitik durch ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts und die Datenpolitik an die EU. Solche Verrechtlichung der Politik führt zur Politisierung des Rechts und zur Entdemokratisierung der Politik.

Notwendig ist stattdessen eine Repolitisierung der Demokratie: die (Rück-) Übertragung der Entscheidungskompetenzen in zentralen Politikfeldern auf gewählte nationale Gremien und die Akzeptanz eines Mehrheitsprinzips, das auf absolute Wahrheitsansprüche verzichtet und gerade daher fähig zur Revidierbarkeit

politischer Entscheidungen ist und damit die entscheidende Stärke der Demokratie gegenüber autokratischen Systemen ausmacht. Bürgerliche Politik sollte auch für direktdemokratische Elemente wie Volksabstimmungen offen sein.

#### **4. Selbstbild und Mindshift: Zukunftsgestaltung vor Vulnerabilitätsbekämpfung**

Die postmodern-linke Revolution seit den 1980er Jahren zeichnet ein Selbstbild westlicher Gesellschaften als strukturell diskriminierend, zerstörerisch und schuldhaft. Es unterteilt in (vor allem weiße und männliche) Täter und (nichtweiße und nichtmännliche) Opfer und konzentriert sich auf den Ausgleich kollektiver Benachteiligungen in Form quotierter Diversität.

Ein bürgerliches Selbstverständnis kennt die eigene (und die allgemeine menschliche) Unvollkommenheit und ist daher bereit zu Selbstkritik und fähig zur Selbstkorrektur, mit denen die westliche Gesellschaftsform das historisch und global größte Maß an Freiheit und Wohlstand hervorgebracht hat. Bürgerliche Politik beruht auf der Kreativität der Individuen und der Bereitstellung möglichst fairer Chancen für alle, der die Unterstützung der weniger Leistungsfähigen auf subsidiarische Weise folgt.

Bürgerliche Politik verschiebt den Fokus von der Gemeinschaft der Vulnerablen zur pluralistischen Bürgergesellschaft, vom Primat des Nachteilsausgleichs zur Gestaltungsfähigkeit. Sie setzt auf Zukunftswillen und Innovationsfähigkeit, Risikobereitschaft und Eigenverantwortung als Leitideen.

#### **5. Abbau von Regulierungen – und ein neues Staatsverständnis**

Der Abbau überbürokratisierter Regulierungen ist zu einer zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderung geworden. Komplexe Genehmigungsverfahren, überbordende kleinteilige Berichtspflichten sowie unklare sich zum Teil widersprechende Vorschriften bremsen Investitionen, belasten die Wirtschaft und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Bürgerliche Reformpolitik setzt dem ein klares Gegenmodell entgegen: Deregulierung, eine Verbesserung der Angebotsbedingungen und eine innovationsfreundliche Ordnungspolitik, die Experimentierräume für neue Geschäftsmodelle schafft und Forschungsinvestitionen begünstigt. Regulierung muss auf das Notwendige begrenzt, bestehende Vorschriften müssen systematisch rückgebaut, Verfahren radikal vereinfacht und staatliche Prozesse konsequent beschleunigt werden – einschließlich einer Verwaltung, die digital, effizient und entscheidungsfähig agiert.

Zugrunde liegt dieser Politik ein neues Staatsverständnis, das sich nicht allein an der vermeintlichen Absicherung aller Risiken orientiert, das auf Misstrauen gründet und Detailsteuerung praktiziert, sondern das den Primat auf wirtschaftliche Freiheit und Eigenverantwortung von Bürger und Unternehmen setzt, um neue Dynamik zu entfesseln.

## 6. Wende der Energiewende – und eine Revision der Klimaziele

Die deutsche Klimaschutzpolitik mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2045 leitet sich aus dem Pariser Klimaziel (unter 2 Grad Erderwärmung) ab, ohne zu berücksichtigen, dass dieses Ziel unerreichbar ist, wenn die Treibhausgas-Emissionen im Rest der Welt wie bislang eher zu- als abnehmen. Eine solche Politik verdrängt energieintensive Industrien aus Deutschland und konterkariert damit das eigentliche Klimaziel. Klimaneutralität bis 2045 beansprucht mehrere Billionen Euro aus der Wertschöpfung deutscher Unternehmen und gefährdet damit den deutschen Wirtschaftsstandort und den Sozialstaat.

Anstelle der Trias „alles elektrisch – alles aus Erneuerbaren – keine Kernenergie“ setzt eine zukunftsfähige Klimapolitik auf die Ziele Mobilisierung von Ressourcen – bezahlbare Energie – global effiziente Reduzierung von Emissionen. Notwendig ist der Übergang zu einer reziproken Klimaschutzpolitik, mit der die Senkung der Emissionen in Deutschland an gleichgerichtete Bemühungen der größten Emittenten (China, Indien, USA) gebunden wird. Zudem sollten die neu zu definierenden Klimaschutzziele über Preissignale statt über planwirtschaftliche Vorgaben angestrebt werden, die den Energieverbrauch unnötig verteuern. Stattdessen sollten alle technisch möglichen Wege zu einer Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen einschließlich der Kernenergie und der Kohlenstoff-Abscheidung (CCS) genutzt werden, solange sie sich rechnen.

## 7. Ermöglichungskultur: Paradigmenwechsel im Datenrecht

In einer zunehmend datengetriebenen Gesellschaft wird der Zugang zu und die Nutzung von Daten zur zentralen Ressource für Wertschöpfung und wissenschaftlichen Fortschritt. Datenverarbeitung ist nicht nur Risiko, sondern Voraussetzung für die Ausübung von Grundfreiheit und für gesellschaftlichen Fortschritt. Das bestehende Datenrecht wird dieser Realität nur unzureichend gerecht. Insbesondere das prägende Prinzip eines „Verbots mit Erlaubnisvorbehalt“ führt zu erheblichen Rechtsunsicherheiten, hohen Transaktionskosten und einem Vollzugsdefizit, ohne zugleich einen effektiven Schutz der Betroffenen in der Praxis sicherzustellen.

Eine zukunftsfähige Ordnungspolitik im Datenrecht muss einen Paradigmenwechsel von der präventiven Totalregulierung einzelner Datenverarbeitungsvorgänge hin zu einem risikobasierten Ansatz vollziehen, der konkrete Gefahren für Rechtsgüter adressiert. Entscheidend ist nicht jede einzelne Datenverarbeitung, sondern deren Auswirkungen auf Freiheit, Wettbewerb und gesellschaftliche Teilhabe. Dazu gehören insbesondere eine stärkere Differenzierung nach Risiken statt pauschaler Verbotsstrukturen, die Ermöglichung datengetriebener Innovation durch klare, handhabbare Regeln sowie die Verlagerung staatlicher Kontrolle von formalen Vorgaben hin zu effektiver Aufsicht über missbräuchliche oder schädliche Nutzung.

## 8. Innovationsorientierte Grundlagenforschung

Deutschlands wirtschaftlicher Erfolg beruht maßgeblich auf Innovation, da natürliche Ressourcen und andere Standortvorteile begrenzt sind. Historisch zeichnete sich das Land durch hohe Forschungsintensität und Ingenieurskunst aus, die Wohlstand und internationale Stärke sicherten. Allerdings verlieren innovative Produkte im Zeitverlauf durch Nachahmung ihre Wettbewerbsvorteile oder verschwinden ganz. Entscheidend ist daher eine kontinuierliche Entwicklung neuer Innovationen. Dazu gehören auch eine stärkere Fokussierung und zentrale Steuerung der Grundlagenforschung, gezielte Investitionen sowie der Abbau bürokratischer Hürden. Ebenso wichtig sind attraktive Bedingungen für Spitzenforschung und ein besserer Transfer in die Wirtschaft.

Der Staat muss dabei mehr tun, als nur Rahmen zu setzen: Er muss koordinieren, um innerhalb des föderalen Systems mehr gemeinsame Schlagkraft zu entwickeln, er sollte gezielt fördern und zugleich ambitionierte, messbare Ziele entlang der Innovationskette definieren (etwa bei Patenten oder Marktanteilen), um Orientierung, Tempo und Verbindlichkeit zu schaffen. Damit trägt er zugleich dazu bei, eine Kultur zu reinstallieren, die Innovationen fordert und feiert.

## 9. Eine neue Bildungsoffensive: Urteilskraft für das digitale Zeitalter

Ein bürgerliches Verständnis von Bildung zielt auf die Entfaltung individueller Talente in der und für die Gemeinschaft. Nach anhaltenden Strukturdebatten und wiederkehrenden PISA-Schocks müssen zentrale Bildungsziele wieder in den Fokus rücken.

Eine bürgerliche Bildungspolitik braucht den klaren Blick zurück nach vorn: Technologischer Fortschritt, globale Vernetzungen und digitale Informationsfluten fordern die Wiederentdeckung einer ganzheitlichen Persönlichkeitsbildung. Dazu zählen Kritik- und Urteilsvermögen, die Orientierung an überprüfbaren Argumenten statt an vorfestgelegter Ideologie, das Hinterfragen vermeintlicher Gewissheiten und ein breites Allgemeinwissen auf Basis eines verbindlichen Bildungskanons. Denn nur diese Kompetenzen gewährleisten einen souveränen Umgang mit digitalen Informationen und künstlicher Intelligenz und machen Menschen widerstandsfähig gegen Manipulationen.

Deutschland braucht eine groß angelegte neue Bildungsoffensive. Sie muss sich in besonderem Maße an diejenigen richten, die an den bestehenden Möglichkeiten nicht hinreichend partizipieren. Und sie muss eine klare Priorisierung staatlicher Mittel für Bildung einfordern.

## 10. Sicherung der sozialen Sicherungssysteme: Begrenzung von Beiträgen und Ausgaben

Angesichts der rapiden Alterung der Bevölkerung wird der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung in absehbarer Zeit von derzeit 43 auf über 50 Prozent der Arbeitnehmereinkommen steigen. Steigende Arbeits- und Energiekosten führen schon jetzt zu einem Verlust von Industriearbeitsplätzen und Wohlstand in Deutschland. Die Situation wird sich weiter zuspitzen, falls keine grundlegenden Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Der zentrale Ansatz dafür ist eine bindende Obergrenze der Beitragsbelastung und der Sozialausgabenquote in Verbindung mit einer strikt einnahmenorientierten Ausgabenpolitik. Maßnahmen in der Rentenversicherung sind die Wiedereinführung des Nachhaltigkeitsfaktors und die Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung. In der Pflegeversicherung sollte stärker auf Kapitaldeckung gesetzt werden.

Das deutsche Gesundheitswesen ist durch im internationalen Vergleich (z.B. mit den Niederlanden) hohe Ausgaben bei defizitärer Versorgungsqualität gekennzeichnet. Daher sind in der gesetzlichen Krankenversicherung grundlegende Strukturreformen erforderlich: Fehlanreize für unnötige oder gar schädliche Leistungen müssen abgebaut und der Leistungskatalog auf evidenzbasierte, messbar relevante Maßnahmen begrenzt werden. Zuzahlungen sollten gezielt eingesetzt werden, wo sie eine Steuerungswirkung entfalten (z.B. bei Arztbesuchen).

## 11. Gesellschaftspolitik für Verantwortungsgemeinschaften

Bürgerliche Politik setzt auf eine Gesellschaft, die sich aus eigener Kraft entfaltet, statt dass der Staat sie modelliert. Durch geeignete Rahmenbedingungen und gezielte Förderung unterstützt sie intermediäre Organisationsformen und Verantwortungsgemeinschaften zwischen Staat und Individuum, die das Gemeinwohl tragen, aber aufgrund allgemeiner sozialstruktureller und -kultureller Entwicklungen und sich ausdehnender staatlicher Zuständigkeiten unter Druck stehen: Nachbarschaften, Vereine, bürgergesellschaftliche Initiativen, Kirchen oder freiwillige Feuerwehren und vor allem anderen Familien. Eine kohärente Familienpolitik geht von den Bedürfnissen von Familien aus und orientiert sich an dem Ziel, den Kindern und Enkeln ein lebenswertes Land zu übergeben, in dem wir auch selbst gern alt werden.

Zu einer kohärenten bürgerlichen Gesellschaftspolitik zählt auch, negative wie positive Diskriminierungen abzulehnen, auf Gleichberechtigung statt Gleichstellung zu setzen und Chancengerechtigkeit aktiv zu fördern.

## 12. Migration und Integration: Realismus, Steuerung, Anforderungen

Eine an den Bedarfen und Möglichkeiten der Gesellschaft ausgerichtete Gesellschaft muss Migration und Integration zusammendenken. Die fehlende Steuerung der Zuwanderung durch massenhafte Fluchtmigration aus Drittstaaten hat hingegen als schädlich erwiesen. Notwendig ist eine Steuerung der Zuwanderung und eine klare Trennung zwischen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und Fluchtmigration. Dabei sind die Kapazitäten der Gesellschaft (Kitas und Schulen, Wohnungen, Gesundheitssystem, Polizei, Justiz, Administration) zu berücksichtigen. Die Überprüfung von Schutz- und Asylgründen sollte in einem Drittstaat durchgeführt werden. Wenn der Aufnahmegrund entfällt, sollten Flüchtlinge wieder in ihr Heimatland zurückgeführt werden.

Die dauerhafte Aufnahme von Zuwanderern sowie die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft sollten erst nach einer überprüften Integrationsleistung erfolgen. Integration bedeutet die selbstständige Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes, Straffreiheit, hinreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und die Beachtung einer demokratischen Leitkultur. Politischer und religiöser Extremismus schließen einen dauerhaften Aufenthalt aus.

## 13. Bürgerliche Konfliktfähigkeit

Der Begriff „bürgerliche Zivilgesellschaft“ klingt tautologisch, beschreibt aber den Umstand, dass die „Zivilgesellschaft“ in zunehmendem Maße staatlich alimentiert und von semistaatlichen Nichtregierungsorganisationen durchsetzt wird. An diese Entwicklung haben auch Kreise in Gesellschaft und Politik mitgewirkt, die linken Moralismus kopiert und das selbstbewusste Eintreten für bürgerliche Werte und Ziele verlernt haben.

Wirklich bürgerliche Politik muss demgegenüber den von linker und rechter Seite begonnenen Kulturkampf annehmen und aktiv für Freiheit und Eigenverantwortung gegenüber dem Staat, für die offene Gesellschaft und Pluralismus, technologische Innovationskraft und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit streiten. In diesem Wettbewerb darf es keine staatliche Meinungslenkung mit Hilfe nicht-staatlicher Akteure und steuerfinanzierter Nicht-Regierungsorganisationen geben. Dies geht nur mit verstärktem bürgerlich-liberalem Engagement, das Strukturen bildet und Institutionen zurückgewinnt, auf einer medialen Öffentlichkeit ohne Moralismus besteht, Kultur, Bildung und Wissenschaft adressiert und linker Vernetzung bürgerliche Solidarität entgegensetzt.

Diese Veröffentlichung der Denkfabrik für neue bürgerliche Politik dient ausschließlich der Information.

#### HERAUSGEBER

#### **REPUBLIK21 e.V. DENKFABRIK FÜR NEUE BÜRGERLICHE POLITIK**

##### **Büro München (Sitz des Vereins)**

Baierbrunner Straße 25  
81379 München  
info@denkfabrik-r21.de

##### **Büro Berlin**

Albrechtstraße 13  
10117 Berlin  
hauptstadtbuero@denkfabrik-r21.de

T +49 89 2000 80 752

F +49 89 288 555 25

[www.denkfabrik-r21.de](http://www.denkfabrik-r21.de)

